



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. November 2016  
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

### **A 212 Anfrage Huser Barmettler Claudia und Mit. über die Übergabe der Sozialhilfedossiers von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen an die Gemeinden (KP17)**

Die Anfrage A 212 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 87 zu 28 Stimmen zu. Claudia Huser Barmettler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Huser Barmettler: Die gestellten Fragen wurden alle beantwortet und die Massnahmen gut aufgezeigt und erklärt. Es ist zu begrüßen, dass die Regierung ein sehr umfassendes Verständnis zum Thema Integration zeigt und deshalb die fokussierte berufliche Integration nicht isoliert betrachtet, sondern auch die allgemeine Sprachförderung oder Frühförderungsmassnahmen in den Massnahmenkatalog aufgenommen hat. Es ist weniger erfreulich, dass neue Möglichkeiten der beruflichen Integration quasi nicht zu finden sind. Die aufgeführten Massnahmen bestehen – bis auf die Verschiebung der Aufgaben in der Leistungsvereinbarung mit dem SAH – bereits alle schon, so auch die Massnahmen im kantonalen Integrationsprogramm KIP. Hier sind 2017 keine Änderungen geplant, sondern erst ab 2018, mit dem Inkrafttreten des KIP II. Dabei stellt sich für mich die Frage, wie viele Mittel die Regierung budgetiert, denn so viele Mittel, wie der Kanton einsetzt, wird auch der Bund einsetzen. Bei den Anreizen respektive Obligatorien der Massnahmen für die Betroffenen fehlt leider ein positiver Anreiz. Es ist aber klar, dass die Kürzungen der Sozialhilfe einen wichtigen Hebel darstellen. Ich bin gespannt auf die Integrationsvereinbarungen. Es ist wichtig, dass darin erreichbare und für beide Seiten verständliche wie auch messbare Ziele enthalten sein werden. Bezüglich der Massnahmenumsetzung hätten wir uns mehr gewünscht. Wir hoffen, dass die Regierung hier noch mehr investieren wird, damit klar wird, warum die geplante Verschiebung um zwei Jahre unterstützt werden soll.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass wir die Fragen korrekt beantwortet haben. Was das KIP II angeht, ist es tatsächlich so, dass wir die Mittel, die wir investieren, vom Bund zurückerhalten. Schlussendlich kann ich nur die Mittel, die mir zur Verfügung stehen, investieren. Die Integrationsvereinbarung muss für beide Seiten messbar und verständlich sein. Die Anregung, dass positive Anreize wichtig sind, nehme gerne entgegen.